



Projekt «Kooperation Bern» (KOBÉ)

ein Projekt von Bern – Bolligen – Bremgarten – Frauenkappelen – Kehrsatz - Ostermundigen



31.07.2020

Konsultationsbericht

Zusammenfassung der Konsultationsergebnisse
für Bern und Ostermundigen (10.07.2020)

Impressum

Empfohlene Zitierweise

Autor: gfs.bern und Ecoplan
Titel: Konsultationsbericht; Zusammenfassung der Konsultationsergebnisse für Bern und Ostermundigen per Ablauf der Frist (10.07.2020)
Auftraggeber: Gemeinden Bern und Ostermundigen
Ort: Bern
Datum: 31.07.2020

Projektteam gfs.bern

Urs Bieri
Edward Weber
Alexander Frind
Marco Bürgi

Projektteam Ecoplan

Felix Walter
Ramin Mohagheghi
Sandra Dänzer

Weitere Informationen:

www.kooperationbern.ch

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

ECOPLAN AG
Forschung und Beratung
in Wirtschaft und Politik
www.ecoplan.ch
Monbijoustrasse 14
CH - 3011 Bern
Tel +41 31 356 61 61
bern@ecoplan.ch

Der Bericht gibt die Auffassung der bearbeitenden Projektteams wieder, die nicht notwendigerweise mit derjenigen der auftraggebenden Gemeinden und der Begleitorgane übereinstimmen muss.

Vorwort

Im Februar 2020 haben wir im Rahmen des Projektes «Kooperation Bern» eine Machbarkeitsstudie zu den Chancen und Risiken einer Fusion und den Möglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit präsentiert und in die öffentliche Konsultation gegeben. Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass diese Konsultation von Privatpersonen und Organisationen genutzt worden ist, um ihre Haltung zur Studie und zum Projekt zu äussern.

Die Konsultation sowie die begleitenden Veranstaltungen waren für uns eine erste Gelegenheit, der Bevölkerung und den Organisationen den Puls bezüglich einer Gemeindefusion zu fühlen. Wir haben viele Meinungen gehört und gelesen, haben Inputs bekommen und Fragen erhalten, die wir gerne auf den weiteren Projektweg mitnehmen. Die Eingaben zeugen von einer soliden Auseinandersetzung mit der Machbarkeitsstudie und dem Projekt. Und das freut uns sehr.

Leider hat die Corona-Pandemie auch den Projektverlauf von «Kooperation Bern» tangiert: Verschiedene Veranstaltungen mussten abgesagt oder verschoben werden. Bern und Ostermundigen haben daher die Konsultation bis zum 10. Juli 2020 verlängert, die anderen Projektgemeinden Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen und Kehrsatz benötigen noch mehr Zeit und werden die Konsultation individuell im Herbst 2020 abschliessen. So werden im vorliegenden Bericht lediglich die Resultate der Konsultation der Gemeinden Bern und Ostermundigen zusammengefasst, die Berichte der anderen Gemeinden folgen.

Diese «zwei Geschwindigkeiten» im Projekt erlauben es Bern und Ostermundigen, trotz Corona den ursprünglichen Projektzeitplan einzuhalten. Das Projekt geht in unseren Gemeinden nun in den politischen Prozess. In Kenntnis der Machbarkeitsstudie und des Konsultationsberichtes werden die Exekutiven von Bern und Ostermundigen über die Anträge an den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat befinden. In Ostermundigen wird der Gemeinderatsbeschluss anschliessend noch einmal in eine Kurzkonsultation gehen. Ende 2020 werden die beiden Parlamente über die mögliche Aufnahme von Fusionsverhandlungen entscheiden.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit in diesem Projekt.

Alec von Graffenried
Stadtpräsident
Bern

Thomas Iten
Gemeindepräsident
Ostermundigen

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort.....	3
1	Vorgehen und Methodik	5
2	Zahlenmässige Ergebnisse im Überblick	6
2.1	Beteiligung.....	6
2.2	Gute Informationsqualität.....	6
2.3	Positive Beurteilung einer Fusion.....	6
2.4	Oft genannte Vor- und Nachteile bei Teilnehmenden aus Bern	8
2.5	Vorteile bei Sachbereichen und Finanzen gemäss Teilnehmenden aus Ostermundigen	8
2.6	Wichtige Selbstständigkeit der Stadtteile	9
3	Häufige Kommentare und Fragen	9
3.1	Allgemeines	9
3.2	Sachbereiche	10
3.3	Personal und Pensionskasse.....	11
3.4	Finanzen.....	12
3.5	Politische Strukturen und Mitwirkungsmodelle	12

1 Vorgehen und Methodik

Die Onlinekonsultation wurde für alle sechs teilnehmende Gemeinden im Februar 2020 gestartet. Beim Eingabeschluss für die Gemeinden Bern und Ostermundigen am 10. Juli 2020 haben aus allen sechs teilnehmenden Gemeinden insgesamt 573 Privatpersonen und Organisationen die Befragung beantwortet. Davon sind 30 Organisationen. Aus Bern haben 116 Privatpersonen und 13 Organisationen und aus Ostermundigen 99 Privatpersonen und 6 Organisationen teilgenommen. In Bern haben 14 Organisationen zusätzlich eine separate Stellungnahme eingereicht, 7 davon ohne die Onlinekonsultation auszufüllen. In Ostermundigen haben 3 Organisationen eine separate Stellungnahme eingereicht, 2 davon ohne das Konsultationstool auszufüllen (siehe Auswertungen Teil 3). So haben sich in Bern im Rahmen der Konsultation insgesamt 20, in Ostermundigen insgesamt 8 Organisationen zu Wort gemeldet.

Die Onlinekonsultation für alle Gemeinden, die an der Machbarkeitsstudie beteiligt sind, ist als niederschwelliges Gefäss zum Sammeln von Meinungen aus der Bevölkerung und von interessierten organisierten Akteuren konzipiert. Die Bewerbung der Online-Mitmachumfrage geschah in erster Linie durch die beteiligten Gemeinden sowie durch die Kommunikation des Gesamtprojekts (Website, Medienmitteilungen).

Der Fragebogen der Konsultation richtet sich sowohl an Privatpersonen wie auch an Organisationen. Inhaltlich werden beiden Gruppen die gleichen Fragen gestellt, zur Auswertung sind sie jedoch im Fragebogen als jeweils einzelne Frageblöcke strukturiert.

Thematisch ist der Fragebogen in 4 Teile gegliedert:

- Im ersten Teil wird die Beurteilung der zur Verfügung stehenden Informationen abgefragt.
- Anschliessend sollen die Befragten angeben, ob und welche Vor- beziehungsweise Nachteile im Falle einer Fusion erwartet werden, allgemein und in 15 ausgewählten Bereichen.
- Zusätzlich werden die Teilnehmer*innen aufgefordert, die Wichtigkeit der Selbstständigkeit der Stadtteile in der fusionierten Stadt Bern zu beurteilen, wiederum allgemein und für ausgewählte Aspekte.
- Zum Schluss werden die Teilnehmer*innen angehalten anzugeben, ob und mit welchen Gemeinden die Fusionsverhandlungen weitergeführt werden sollen.

Die Onlinekonsultation und die darauf basierenden Auswertungen sind aufgrund der Selbstselektion bei der Teilnahme **nicht repräsentativ und können darum nicht auf die gesamte Bevölkerung der teilnehmenden Gemeinden extrapoliert werden.**

Da die Konsultation in den Gemeinden Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen und Kehrsatz noch weiter verlängert wurde, sind die entsprechenden Eingaben aus diesen vier Gemeinden nicht berücksichtigt. **Der vorliegende Bericht behandelt somit die Eingaben aus Bern und Ostermundigen.**

2 Zahlenmässige Ergebnisse im Überblick

2.1 Beteiligung

Das Konsultationstool zur Gemeindefusion wurde in der Stadt Bern von insgesamt 129 Teilnehmenden ausgefüllt. Darunter waren 116 Privatpersonen und 13 Organisationen. Damit stellt die Stadt Bern (nach Bremgarten) bis dato die zweitgrösste Gruppe aller Teilnehmenden des Konsultationstools.

Aus der Gemeinde Ostermundigen wurde die Onlineumfrage 105-mal ausgefüllt. Davon waren 99 Privatpersonen und 6 Organisationen.

2.2 Gute Informationsqualität

Die Machbarkeitsstudie erhält von den Einwohner*innen der Stadt Bern, die sich an der Konsultation beteiligt haben, gute Resonanz. Mehr als drei Viertel der befragten Einwohner*innen finden die darin enthaltene Information hilfreich. Unter den befragten Organisationen sind es rund 86 Prozent.

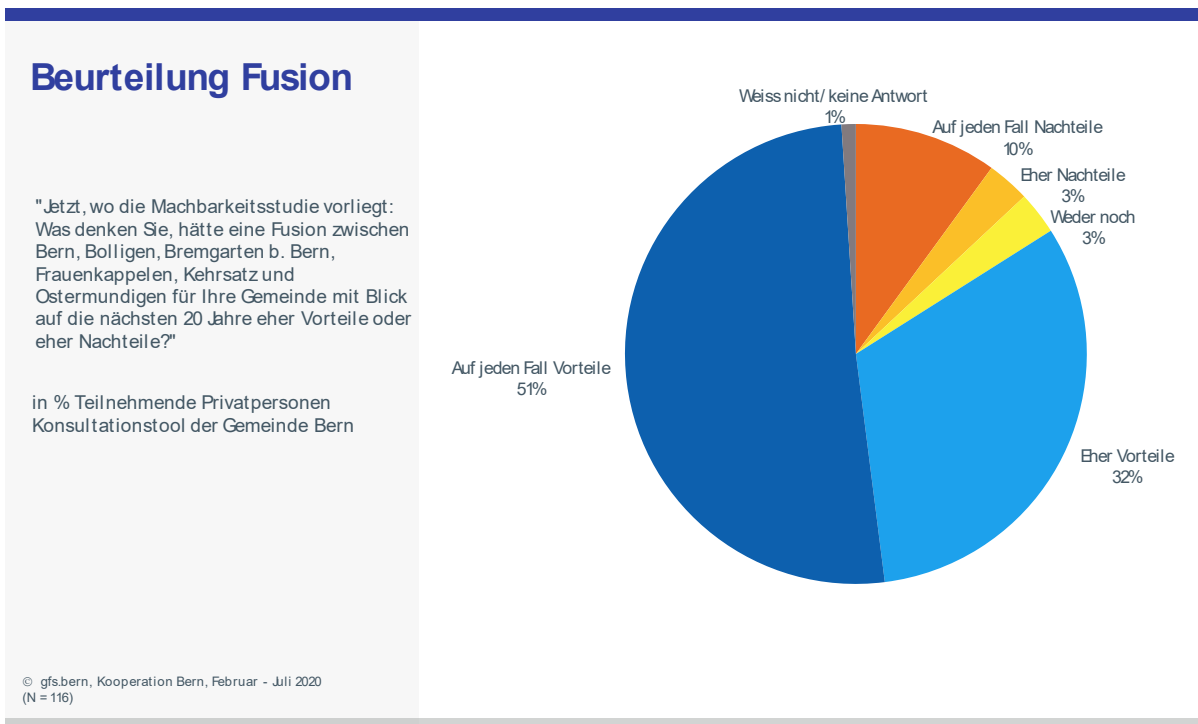
Auch die Teilnehmer*innen aus Ostermundigen sind sehr zufrieden mit der Machbarkeitsstudie. Fast 90 Prozent der befragten Einwohner*innen Ostermundigens beurteilen die darin enthaltene Information als hilfreich. Von den sechs teilnehmenden Organisationen äusserten sich alle positiv über den Nutzen dieser Machbarkeitsstudie als Informationsquelle.

2.3 Positive Beurteilung einer Fusion

Eine Fusion wird von den befragten Privatpersonen der beiden Gemeinden äusserst positiv beurteilt. Die grosse Mehrheit der teilnehmenden Einwohner*innen von Bern und Ostermundigen sehen in einer Fusion für die nächsten 20 Jahre Vorteile für ihre eigene Gemeinde.

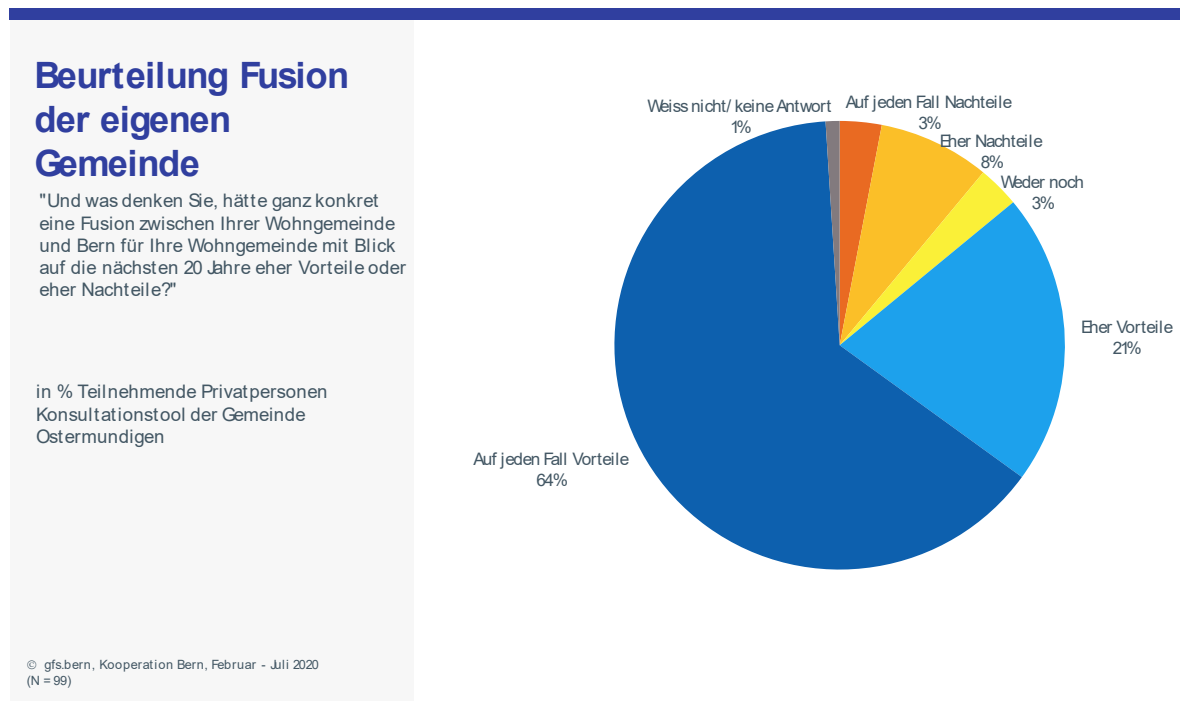
Von den befragten Berner*innen erwarten mehr als 80 Prozent auf jeden Fall oder mindestens eher Vorteile, knapp 15 Prozent befürchten hingegen auf jeden Fall oder eher Nachteile:

Abbildung 2-1: Beurteilung der Fusion durch private Umfrage-Teilnehmende aus Bern



Das gleiche gilt auch für die teilnehmenden Privatpersonen aus Ostermundigen, wo ebenfalls über 80 Prozent auf jeden Fall oder eher Vorteile einer Fusion für ihre Gemeinde sehen:

Abbildung 2-2: Beurteilung der Fusion durch private Umfrage-Teilnehmende aus Ostermundigen



Das Votum fällt unter den teilnehmenden **Organisationen** der beiden Gemeinden unterschiedlich aus.

- In Bern überwiegt die Vorteilssicht klar. Etwa 86 Prozent der teilnehmenden Organisationen sehen auf jeden Fall/eher Vorteile.
- Unter den teilnehmenden Organisationen aus Ostermundigen besteht hingegen eine Ambivalenz, denn rund die Hälfte der Befragten sieht zwar Vorteile durch die Fusion, aber die andere Hälfte sieht Nachteile oder ist unentschlossen.

Generell sei wiederholt: Die Onlinekonsultation und die darauf basierenden Auswertungen sind aufgrund der Selbstselektion bei der Teilnahme **nicht repräsentativ und können darum nicht auf die gesamte Bevölkerung der teilnehmenden Gemeinden extrapoliert werden.**

2.4 Oft genannte Vor- und Nachteile bei Teilnehmenden aus Bern

Die Vorteilssicht der Privatpersonen und der Organisationen der Stadt Bern, die an der Konsultation teilgenommen haben, bezieht sich schwerpunktmässig auf eine Stärkung des Raums Bern im Kanton und der Schweiz, langfristige Kosteneinsparungen und die Raumentwicklung. Der finanzielle Aspekt wird von den teilnehmenden Organisationen ebenfalls betont. Damit spiegeln sich die Hauptbefunde der Machbarkeitsstudie auch in der Meinung der teilnehmenden Personen und Organisationen. In der Abfrage nach den Auswirkungen der Fusion mit teils vorgegebenen Antwortmöglichkeiten kristallisieren sich auch erwartete Vorteile für eine stärkere Digitalisierung (IT- und E-Government) und bei anstehenden Investitionen oder Gemeindedienstleistungen wie der Abfallentsorgung heraus.

Auf der Gegenseite ist die Nachteilssicht sowohl von Privatpersonen und Organisationen von möglichen finanziellen Nachteilen geprägt. Privatpersonen sehen auch Nachteile für die politischen Strukturen der Gemeinden. Relevante Anteile der befragten Privatpersonen und Organisationen erwarten zudem eine Verschlechterung der Bürgernähe oder können diesen Aspekt noch nicht abschliessend beurteilen.

2.5 Vorteile bei Sachbereichen und Finanzen gemäss Teilnehmenden aus Ostermundigen

Die positive Beurteilung der Privatpersonen aus Ostermundigen, die das Konsultationstool ausgefüllt haben, basiert in erster Linie auf erwarteten Verbesserungen für die Gemeindefinanzen und für bestimmte Sachbereiche wie z.B. dem Bildungswesen. Synergien, Mitbestimmung in der Stadt Bern sowie Vorteile einer gemeinsamen Raumentwicklung sind ebenfalls positiv empfundene Elemente. Die konkrete Vorteilssicht der teilnehmenden Organisationen für die Gemeinde Ostermundigen beruht auf der Wahrnehmung der Vorteile für diverse Sachbereiche, z.B. bei den Einwohnerdiensten oder im Bildungswesen. Finanzielle Aspekte wie Steuern spielen ebenfalls eine Rolle. Am Rande sieht man Vorteile bei den Arbeitsbedingungen für das

Gemeindepersonal und eine generelle Stärkung des Raums Bern im Kanton und in der Schweiz.

Nachteile erwarten die teilnehmenden Privatpersonen in Bezug auf die Demokratiequalität (im Sinn von Autonomieverlust), für die generelle Identität von Ostermundigen und im Hinblick auf die politischen Strukturen und die Bürgernähe der Verwaltung. Diese Erwartung wird von den befragten Organisationen geteilt, denn hier wurden die gleichen Aspekte betont.

2.6 Selbstständigkeit der Stadtteile – ein wichtiges Anliegen

Sowohl die teilnehmenden Privatpersonen als auch Organisationen der Stadt Bern legen hohen Wert auf eine gewisse Selbstständigkeit der neuen Stadtteile in einer fusionierten Gemeinde (rund 63% der Privatpersonen respektive 78% der befragten Organisationen). Das wichtigste Instrument zur Förderung der Selbstständigkeit sind aus Sicht der teilnehmenden Privatpersonen und Organisationen Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung im eigenen Stadtteil. An zweiter Stelle steht der Wunsch nach Förderung des Quartierlebens. Organisationen legen zusätzlich einen hohen Wert auf Mitsprache in der Raumplanung.

Die Wahrung einer gewissen Selbstständigkeit im Fall einer Fusion ist auch den befragten Privatpersonen und Organisationen in Ostermundigen ein mehrheitliches Anliegen. Insbesondere werden von den Privatpersonen die Mitsprache in Mobilitäts- und Raumplanungsfragen, generelle Stadtteilpartizipation sowie Förderungsmöglichkeiten des Quartierlebens gewünscht.

3 Häufige Kommentare und Fragen

In der Online-Konsultation und in einer Reihe von separaten oder ergänzenden Eingaben per Brief oder E-Mail wurden zusätzlich zahlreiche Kommentare oder Fragen eingebracht. In Ergänzung zu den oben dargestellten (bei den relevanten Fragen angekreuzten oder genannten) Vor- und Nachteilen werden diese Eingaben nachstehend zusammengefasst. Es handelt sich um eine Auswahl der oft genannten Kommentare und Fragen. Da diese oft sowohl in Bern wie in Ostermundigen genannt wurden, wird auf eine Zuteilung der Eingaben nach Gemeinden verzichtet.

3.1 Allgemeines

Neben den oben bereits erwähnten, oft genannten Vorteilen wurden schriftlich u. a. folgende Ergänzungen angebracht:

- Vorteile:
 - Die Stadtregion gewinnt im Kanton, aber auch auf nationaler Ebene an Bedeutung; Prestigegewinn durch Adresse «Bern».
 - Herausforderungen der Zukunft können gemeinsam besser gemeistert werden.
 - Ein Zusammenführen von Arbeit-Leben-Politik wird möglich.

- Es werden neue Möglichkeiten eröffnet für Projekte und Kooperationen, die zuvor nicht oder unter erschwerten Bedingungen konzipiert und realisiert werden konnten.
- Nachteile und Problempunkte:
 - Selbstbestimmung und Dorfcharakter gehen verloren, Ostermundigen könnte zu einer Randregion von Bern mit vernachlässigbarer Mitsprache werden.
 - Dominanz des linksgrünen Flügels durch die Stadt Bern (Mehrfachnennungen von Privaten).
- Forderungen und Wünsche:
 - Es gibt unterschiedliche Haltungen dazu, ob Bern und Ostermundigen rascher vorangehen sollen oder ob möglichst auf weitere Gemeinden „gewartet“ werden soll (Beispiel: „Es muss verhindert werden, dass die Diskussionen in den anderen Gemeinden der Stadtregion wegen der Dringlichkeit des Projekts Bern-Ostermundigen verkürzt geführt werden, was schlussendlich in negativen Entscheiden enden kann.“)
 - Allfällige Verhandlungsprozesse sollten partizipativ und in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und den politischen Gremien angegangen werden, um die Akzeptanz zu fördern.
 - Lokale Eigenheiten (bis hin zu Dorffesten) sollen weiterhin bewahrt werden können.
 - Prüfung einer Fusion mit der Burgergemeinde Bern.

3.2 Sachbereiche

a) Vorteile

- Verwaltung:
 - Vereinfachung von Abläufen in der Verwaltung dank Wegfall von unnötigen Schnittstellen und Doppelspurigkeiten, dadurch bessere und mehr öffentliche Dienstleistungen.
 - Grösseres Knowhow, Professionalisierung der Dienstleistungsqualität und mehr Mittel der Verwaltung führen für den gleichen Preis zu umfangreicheren Angeboten.
 - Vorhandene Kooperationen werden einfacher.
- Kultur: Gewinn an Bedeutung und überregionaler Ausstrahlung für die Kulturstadt Bern
- In der Raumplanung und im Verkehr werden zahlreiche Potenziale gesehen:
 - Mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Kohärenz bei der Raum- und Verkehrsplanung bzw. Siedlungsentwicklung und Abstimmung MIV und ÖV, einheitliche Planung im zusammenhängenden Siedlungsgebiet.
 - Verkehrsflüsse systematischer und gezielter lenken und Vereinfachungen in der Verkehrserschliessung.
 - Hingewiesen wird auf eine Studie der ETHZ: „East Side Stories - Strategie zur qualitativen Raumentwicklung im Osten von Bern“ vom Juli 2016. Darin wird eine auf das

Jahr 2045 hin ausgelegte räumliche Entwicklungsstrategie für die Stadt Bern und die umliegenden Gemeinden präsentiert.¹

b) Nachteile und Problempunkte

- Mehr Distanz zur Verwaltung.

c) Forderungen und Wünsche

- Dienstleistungen:
 - Öffentliche Dienstleistungen sollen mindestens auf dem bisherigen Stand und in gleicher Qualität angeboten werden.
 - Nur Dienstleistungen in Bern zentralisieren, die keine Nähe zu den Einwohnern bedingen und deren Zusammenlegung Vorteile generiert.
 - Gemeindeschalter oder ähnlicher Dienstleistungsschalter müssen erhalten bleiben.
- Vereine:
 - Vereine haben ein starkes Integrationspotenzial, das Vereinsleben soll gepflegt werden bzw. die Dorfvereine sollen ihren Platz weiterhin haben.
- Raumentwicklung und Ortsplanung:
 - Das "grüne Band" soll als wesentliches Element des Landschaftsbildes und der Nutzungsvielfalt erhalten bleiben
 - Die kommunalen Planungen und Bauvorschriften müssen energetisch nachhaltige, verdichtete, durchmischte und verkehrsreduzierte Siedlungsformen fördern.
 - In einer Stellungnahme wird moniert, dass faktenbasierte Aussagen fehlen, mit denen sich die räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen beurteilen lassen.
- Infrastrukturkosten: Es sind Synergiegewinne anzustreben.

3.3 Personal und Pensionskasse

- Die genannten Vor- und Nachteile entsprechen den Punkten gemäss Machbarkeitsstudie.
- Forderungen und Wünsche:
 - Die Arbeitsbedingungen für das Personal dürfen sich nicht verschlechtern.
 - Mit der Gemeindefusion soll eine Überarbeitung der städtischen Anstellungsbedingungen gemacht werden.
 - Die Unterschiede zwischen den Gemeinden müssen umfassender aufgearbeitet und transparenter dargestellt werden.
 - Vonseiten der Personalverbände wird verlangt, dass der aus Sicht der Arbeitnehmenden jeweils bessere Standard für die fusionierte Gemeinde massgebend sein muss und dass alle Betroffenen frühzeitig und adäquat in den Prozess einzubeziehen sind.

¹ <https://masraumplanung.ethz.ch/studienprojekte/abgeschlossene-studienprojekte/Bern.html>

3.4 Finanzen

- Vorteile werden ähnlich wie gemäss Kapitel 2 und auch gemäss Machbarkeitsstudie betont:
 - Verteilung Investitionen auf mehr Köpfe, besseres Steuersubstrat/tiefere Steuern
 - mit Synergien Kosten sparen
 - insgesamt Stärkung der Finanzkraft
 - Grösserer finanzieller Handlungsspielraum
 - Tieferer Steuerfuss
 - Bessere und mehr Leistungen zum gleichen Preis
- Als Nachteil wird eine mögliche Steuererhöhung genannt.
- Forderungen und Wünsche:
 - Kosten und mögliche Einsparungen einer Fusion sind genauer zu beziffern.
 - Für die teilnehmenden Gemeinden darf es keine Nachteile geben.
 - Die Kosten einer Fusion müssen so gering wie möglich gehalten werden.
 - Die Fusion darf nicht zu Sparmassnahmen führen, weder beim Personal noch bei der finanziell schlechter gestellten Bevölkerung.

3.5 Politische Strukturen und Mitwirkungsmodelle

Genannte offene / zu prüfende Fragen

- Vorgestellte Modelle der Quartier- und Stadtteilmitbestimmung sind wichtig. Diese sollen vertieft werden.
- Dabei sollten u.a. (insbesondere gemäss Eingaben mehrerer Quartierorganisationen) geprüft werden:
 - Abgrenzung zwischen Stadtrat und Stadtteilkommissionen
 - Rolle der Quartierkommissionen, deren von der Stadt geforderten Verantwortungen und damit auch die dazu notwendigen Ressourcen
 - Effekt von Wahlen auf die lokalen Vereine bzw. einer verstärkten Verpolitisierung von Quartieranliegen und die Schwächung der lokalen Organisationen
 - Bewältigung der steigenden Aufgabenlast beim Beibehalten des heutigen Modells der Quartierkommissionen

Stellungnahme zu möglichen Varianten sowie Forderungen/Wünsche

Die Variante mit Wahlkreisen wird unterschiedlich beurteilt, wobei die Argumente fallen, die auch bereits in der Machbarkeitsstudie dargestellt sind.

Weiter genannt werden insbesondere folgende Forderungen:

- Wahlsystem
 - Während einer Übergangszeit gesicherte Sitze in der Exekutive und/oder Legislative garantieren.

- Das Wahlsystem für die Exekutive muss angepasst werden. Mit einem Majorzwahlsystem ist zu erwarten, dass die politische Landschaft in der neuen Gemeinde besser repräsentiert werden kann.
- Die Erweiterung des Gemeinderates auf 7 Mitglieder wird gefordert (Mehrfachnennungen)
- Mitwirkung / Stadtteilpartizipation:
 - Gewährleistung, dass über geeignete Gefässe eine Mitwirkung im engen Umfeld (Stadtteil, Quartier etc.) möglich ist.
 - Stadtteilpartizipation darf nicht zu politisch werden und die Zugänglichkeit zur Partizipation muss niederschwellig bleiben.
 - Erneuerung des traditionellen Modells 1, damit die Partizipation in Zukunft weiterhin funktioniert und mit einigen organisatorischen Anpassungen sogar noch gestärkt werden kann.
 - Die heutigen Perimeter-Grenzen der Stadtkreise müssen überprüft, an die gewachsenen Stadtstrukturen und heutigen Gegebenheiten angepasst werden.
 - Die Quartierkommissionen müssen aufgewertet, finanziell anständig ausgestattet und von der Bevormundung durch die Stadtpolitik befreit werden.
 - Modell der Quartierkommissionen einführen und stärken.
- Vorgehen:
 - Das Modell der künftigen Stadtteilpartizipation muss in enger Zusammenarbeit der Behörden mit Vertreter*innen der heutigen Stadtteilkommissionen, erarbeitet werden.
 - Es sollte genau geprüft werden, ob diese Strukturreformen im Zusammenhang mit der Fusion oder unabhängig davon diskutiert werden sollen.
 - Der Partizipationsprozess betreffend Fusion muss auch die nicht stimmberechtigte Bevölkerung aller Gemeinden einbeziehen.